

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Möglicher Ausschluss anderer Länder aus sicherheitsrelevanten, länderübergreifenden Informationssystemen - welche Haltung nimmt Innenministerin Daniela Behrens ein?

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 30.06.2026

Medienberichten zufolge¹ wurde auf der Innenministerkonferenz vom 17. bis 19. Juni 2026 das Szenario einer Regierungsübernahme durch die AfD durchgespielt. Demnach wurde erörtert, wie eine Beteiligung des Innenministeriums eines Landes am Verfassungsschutzverbund verhindert werden kann. Ziel sei es, das betreffende Land vom Informationsaustausch auszuschließen. Informationen wie etwa solche über islamistische Gefährder und mögliche Anschläge würden nicht mehr geteilt. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, des Ausschusses für die Kontrolle der Geheimdienste, Marc Henrichmann (CDU), habe erklärt, ein Landesamt vom Verfassungsschutzverband abzukoppeln, sei technisch schnell möglich, ebenso wie eine Abkoppelung vom Informationsaustausch der Länderpolizeien untereinander und mit der Bundespolizei. Informationen zu Fahndungen, Ermittlungen und Razzien würden dann nicht mehr geteilt. Man sei sich bewusst, dass die Maßnahmen auch die Verbrechens- und Terrorbekämpfung einschränken würden, und diskutiere darüber, ob man dieses Risiko für die Innere Sicherheit eingehen würde.

1. Kann die Innenministerin bestätigen, dass im Rahmen der Innenministerkonferenz bzw. in Hintergrundgesprächen über das in der Vorbemerkung beschriebene Szenario und mögliche Reaktionen gesprochen bzw. diskutiert wurde?
2. Falls ja, welche Haltung nahm die Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung diesbezüglich ein? Welche Gewichtung nahm sie im Hinblick auf den Ausschluss eines Landes und die Folgen für die Innere Sicherheit ein?
3. Hat die Ministerin die Möglichkeit eines Ausschlusses einzelner Länder aus sicherheitsrelevanten Informationssystemen befürwortet, abgelehnt oder sich hierzu nicht positioniert?
4. Beteiligte sich Innenministerin Behrens aktiv an den Diskussionen? Plädierte sie für ein konkretes Vorgehen? Falls ja, welche konkreten Vorschläge oder Handlungsmöglichkeiten wurden von der Innenministerin eingebracht oder unterstützt?
5. Welche Folgen könnte der Ausschluss eines Bundeslandes aus dem Verfassungsschutzverband und dem Informationsaustausch der Länder für Niedersachsen haben? Welche Informationssysteme wären gegebenenfalls betroffen?
6. Inwieweit könnten die Verbrechens- und Terrorbekämpfung sowie die Bekämpfung der Organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität in Niedersachsen gegebenenfalls eingeschränkt sein, wenn ein Informationsaustausch mit unserem Nachbarland nicht mehr stattfindet?
7. Wie viele Fahndungs-, Ermittlungs- oder Gefährderinformationen werden durchschnittlich pro Jahr zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ausgetauscht?
8. Aufgrund welcher Erwägungen sind die in der Antwort zu Frage 5 dargestellten Folgen gegebenenfalls zu rechtfertigen?

¹ <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2026/innenministerkonferenz-bereitet-sich-auf-ersten-afd-kollegen-vor/>

9. Wie bewertet es die Landesregierung, wenn zur Neutralität verpflichtete Minister bereits im Vorfeld einer Wahl die Machtübernahme durch eine Oppositionspartei mit negativen Folgen für das betreffende Bundesland verknüpfen?
10. Wie bewertet die Landesregierung die Vereinbarkeit eines Ausschlusses eines demokratisch gewählten Landesinnenministeriums mit den Grundsätzen des Föderalismus? Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ein Ausschluss eines Bundeslandes vom sicherheitsrelevanten Informationsaustausch aufgrund der demokratischen Wahl einer bestimmten Partei einen erheblichen Eingriff in die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland darstellen würde?
11. Hält die Landesregierung es für zulässig, den Informationsaustausch von der parteipolitischen Zusammensetzung einer Landesregierung abhängig zu machen?
12. Auf welcher gesetzlichen Grundlage könnte ein Bundesland vom Informationsaustausch innerhalb des Verfassungsschutzverbundes oder polizeilicher Informationssysteme ausgeschlossen werden?
13. Wurden im Rahmen der Innenministerkonferenz rechtliche Gutachten oder Stellungnahmen zu dieser Frage erstellt, vorgelegt oder erörtert?
14. Plant die Landesregierung, den Landtag über entsprechende Diskussionen innerhalb der Innenministerkonferenz zu unterrichten?